

Sozialpolitik als „social investment“: Rückschritt, Fortschritt, Wechselschritt?

4 Thesen

von Karin Heitzmann, Institut für Sozialpolitik, WU Wien

Beitrag zur 10. Armutskonferenz „Rückschritt, Fortschritt oder Wechselschritt?“,

24. - 25. Februar 2015, Salzburg, Bildungshaus St. Virgil

Seit einigen Jahren wird von etlichen renommierten (und vielfach sozialdemokratisch geprägten) WissenschaftlerInnen (z.B. Esping-Andersen et al. 2002, Giddens 1998, Morel et al. 2012, Vandenbroucke et al. 2011) aber auch von inter- bzw. supranationalen Organisationen (Europäische Kommission 2013, OECD 2012) eine Reform der sozialstaatlichen Absicherung in entwickelten Wohlfahrtsstaaten propagiert. Im Fokus stehen dabei „soziale Investitionen“. Im Kern geht es um eine möglichst optimale Ausbildung/Entwicklung des sogenannten „Humankapitals“ (vgl. dazu auch Heckman 2000, 2008, Heckman et al. 2010): Menschen sollen möglichst gut darin unterstützt werden, dass möglichst viele von ihnen möglichst lange in möglichst gut bezahlten Jobs verbleiben und es ihnen dadurch gelingt, sich selbst (und ihre abhängigen Familienmitglieder) ökonomisch abzusichern – und zwar weitestgehend ohne weitere Unterstützung durch sozialstaatliche Mittel. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, Menschen auf derartige Jobs zu vermitteln (oder gar solche Jobs zu schaffen), sondern dazu beizutragen, dass Menschen auf hochqualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten möglichst gut vorbereitet sind: sie sollen also möglichst beschäftigungsfähig („*employable*“) gemacht werden. Warum wird das als notwendig erachtet?

Argumentiert wird dies u.a. damit, dass wir in einer Wissensgesellschaft leben. Vor allem entwickelte Volkswirtschaften befinden sich in jenem Teil der globalisierten Welt, in der hoch qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden. Niedrigqualifizierte Jobs sind bzw. wurden im Rahmen der globalen Wirtschaft bereits in andere Erdteile verschoben. In europäischen Arbeitsmärkten ist demgegenüber eine möglichst hochwertige Qualität der Arbeitskraft gefordert. Dadurch soll es einerseits gelingen, Wirtschaftswachstum durch (soziale und technologische) Innovationen zu generieren (vgl. dazu auch die EU-Lissabon Ziele). Andererseits sollen Menschen ihre ökonomische Absicherung durch ihre eigene Erwerbstätigkeit (die – da es um hochqualifizierte MitarbeiterInnen geht – auch dementsprechend gut bezahlt und verhältnismäßig sicher ist) gewährleisten. Darüber hinaus wird die Erhöhung des Humankapitals

auch als bedeutende Inklusionsstrategie verstanden: mangelnde soziale Mobilität kann v.a. durch bessere Ausbildung von Kindern aus benachteiligten Familien bekämpft werden. Das führt zu weniger Ungleichheit sowie zu einem Durchbrechen von Armutskarrieren, Armutsfallen und von „vererbter“ Armut.

Verknüpft mit dieser eher eng verstandenen Humankapitalperspektive sind mit dem Begriff des „Sozialinvestitionsstaates“ drei weitere Reformvorschläge für entwickelte Wohlfahrtsstaaten verbunden (z.B. De Deken 2014). Erstens sollten soziale Geldleistungen vermehrt durch Dienstleistungen ersetzt werden, auch um Rahmenbedingungen für die Erwerbsintegration, v.a. von Frauen, überhaupt erst zu schaffen (Heitzmann et al. 2015). Dies betrifft insb. den Bereich der Pflege/Betreuung von Kindern bzw. kranken/pflegebedürftigen älteren Menschen. Zweitens sollen generell präventive Maßnahmen gegenüber ausgleichenden Maßnahmen bevorzugt werden (das häufig zitierte Stichwort dazu lautet: „*prepare*“ statt „*repair*“). So sollten etwa mehr Ressourcen für die Gesundheitsprävention verausgabt werden als für die Verbesserung bzw. Heilung von Krankheiten (Heitzmann et al. 2002). Letztlich sollen Menschen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Humankapital bewegt werden, das ja – siehe oben – möglichst lange und in möglichst hoher Qualität für die Erwerbsarbeit und damit die vom Sozialstaat unabhängige Einkommenserzielung eingesetzt werden sollte. Drittens sollten sich Sozialstaaten verstärkt der Absicherung sogenannter „neuer Risiken“ widmen (Taylor-Gooby et al. 1999). Dazu zählen etwa die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit, die Absicherung alternativer Familienformen oder die soziale, politische und ökonomische Inklusion etwa von MigrantInnen. Reformen in diese Richtungen werden als Weg hin zu einem „sozialen Investitionsstaat“ verstanden. Auch wenn sich hinter diesen Perspektiven z.T. vielfältige – und durchaus auch widersprüchliche – Vorstellungen und Vorschläge verbergen (siehe dazu auch weiter unten), werden sie unter Terminologien wie eben dem Sozialinvestitionsstaat, der Sozialinvestitionsperspektive, einem aktiven oder aktivierenden Wohlfahrtsstaat diskutiert. Dass sich dieser Diskurs auch politisch niederschlägt, zeigt das Beispiel der Niederlande: Dort wurden im September 2013 das Ende des Wohlfahrtsstaates und der Beginn einer „Beteiligungsgesellschaft“ proklamiert. „*Jeder, der das könne, müsse Verantwortung für sich und seine Angehörigen übernehmen*“, hieß es in der vom Ministerpräsidenten geschriebenen Rede des Königs bei der damaligen Budgetvorstellung in Den Haag¹. Implizit wird damit auch unterstellt, dass diese Verantwortung bislang (ausschließlich) beim Sozialstaat gelegen sei...

¹ http://www.dtoday.de/startseite/politik_artikel,-Niederlande-rufen-Ende-des-Wohlfahrtsstaates-aus-arid,284733.html (Juni 2015)

Neben den inhaltlichen Neuausrichtungen bzw. Schwerpunkten impliziert der Diskurs zum sozialen Investitionsstaat auch eine Veränderung der Perspektive auf den Wohlfahrtsstaat. So werden Sozialausgaben zunehmend nicht mehr länger nur als Kosten gesehen, sondern als Investitionen, die Erträge bringen können (Esping-Andersen 2002, Giddens 1998). Das stellt einen deutlichen Unterschied zum Schumpeterianischen Wohlfahrtsstaat dar (Schmid 2010), in dem der Staat und insb. der Sozialstaat ganz generell als Stör- bzw. schlicht als Kostenfaktor für die „freie“ Wirtschaft verstanden worden sind. Dieser Perspektivenwechsel bedingt auch eine Neubewertung von Sozialausgaben in solche, die Erträge bringen und solche, die das nicht oder nicht in einem hohen Ausmaß tun. Die Bevorzugung der ersten Perspektive schlägt sich nicht nur im politischen, sondern auch im wissenschaftlichen Diskurs wider: So liest man im Zusammenhang mit dem Sozialinvestitionsstaat häufig von der „produktiven“, „investiven“ bzw. „aktiven“ Sozialpolitik, die den „alten“, „unproduktiven“ bzw. „passiven“ Sozialschutzstaat ablösen solle bzw. müsse.

Aber nicht nur die (sozial-)staatliche Intervention wird in der Sozialinvestitionsperspektive positiver konnotiert, dies gilt auch für Erwerbsarbeitslose. Arbeitslosigkeit wird nicht mehr länger nur als Entscheidung „fauler“ ArbeitnehmerInnen interpretiert (wie dies etwa im Konzept des Workfare-Staates durchaus üblich war, weshalb die Arbeitslosen zur Annahme eines Jobs durch Sanktionen gezwungen werden müssten). Vielmehr wird anerkannt, dass die Anforderungen einer globalisierten, wissensbasierten Ökonomie so komplex und die Arbeitsmarktperspektiven so unsicher geworden sind (Stichworte: Flexibilität, Prekarität), dass potentielle ArbeitnehmerInnen Unterstützung darin brauchen, ihr Potenzial möglichst gut auszuschöpfen – daher auch die Idee, in das Humankapital von Menschen zu investieren.

Wiewohl die Sozialinvestitionsperspektive seit dem Ende der 1990er Jahre in der Literatur und der (supra- bzw. internationalen) Politik präsent ist, gibt es keine konkrete oder allgemein anerkannte Strategie derselben. Vielmehr können in der Literatur zumindest zwei Strömungen dieser Perspektive unterschieden werden. Zum einen die in der anglo-sächsischen Welt vertretene strikte Bevorzugung von Investitionsausgaben gegenüber Sozialschutzausgaben (Giddens 1998). Zum zweiten die vor allem in skandinavischen Ländern vertretene Ansicht, dass soziale Absicherung (und damit der klassische Sozialschutzstaat) Grundvoraussetzung für Sozialinvestitionen sei (Esping-Andersen 2002, Morel et al. 2012).

Aber auch wenn es im Hinblick auf den Sozialinvestitionsstaat noch keine allgemein akzeptierte politische Strategie gibt, ist es doch möglich, anhand der bislang vorhandenen Literatur zum Thema bzw. auch den politischen Vorschlägen beispielsweise seitens der EU-Kommission, einige

Thesen abzuleiten, die mit der Sozialinvestitionsperspektive verbunden sind. Vier davon sind Gegenstand der folgenden Überlegungen.

These 1: Auch „social investment“ stellt die Sozialpolitik in den Dienst der Ökonomie

Wenngleich der Diskurs zum Sozialinvestitionsstaat eine Neubewertung der Rolle des öffentlichen Sektors impliziert und die generelle Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen einer positiveren Konnotation weicht, bedeutet dies nicht, dass das Soziale bzw. der Staat dem Markt bzw. der Privatwirtschaft gleichgestellt wären. Vielmehr dient das Soziale nach wie vor der privaten Ökonomie. Diese Ökonomisierung des Sozialen drückt sich einmal mehr im Diskurs aus. Generell impliziert schon die Metapher der „Investition“, dass „Erträge“ zu erwarten sind. Erträge werden dabei meist als „produktive“ Erträge gesehen, also als ökonomischer Mehrwert. Damit tritt einerseits die Produktivität von Investitionen in den Vordergrund. Diese kann berechnet werden, indem die Kosten der Investition den erwarteten Erträgen gegenübergestellt werden. Daraus errechnet sich dann die erwartbare „Verzinsung“ des eingesetzten Investitionskapitals. Andererseits impliziert diese Denkweise eine klare Bevorzugung jener Investitionen, die die höchsten Erträge bringen – und im Umkehrschluss ein weitgehendes Abgehen von denjenigen Investitionen (sprich: Sozialausgaben), die keine (ökonomischen) Erträge (mehr) bringen.

Zu den VorreiterInnen dieser Denkrichtung gehören übrigens neoklassisch ausgerichtete ÖkonomInnen aus dem US-amerikanischen Raum, deren Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen legendär ist. So berechnete etwa Nobelpreisträger James Heckman, dass die ökonomischen Bildungserträge (gemessen an künftigen Steuereinnahmen und erwarteten Sozialausgaben) bei sehr jungen Kindern aus sehr benachteiligten Familien am höchsten wären – und in diese somit investiert werden sollte (Heckman et al. 2010). Wie dieses Beispiel zeigt, bedingt die Sozialinvestitionsperspektive auch eine Neuinterpretation der eingesetzten Maßnahmen: So wird Bildung etwa zunehmend als Investition (im ökonomischen Sinne eines James Heckman) gesehen (und damit als ein Mittel zu einem übergeordneten Zweck) und nicht mehr länger als soziales Recht bzw. Zweck an sich (etwa im Sinn von T.H. Marshall) interpretiert.

Auch die angestrebten Ziele einer Neuorientierung der Sozialpolitik in Richtung von „social investment“ sind stark ökonomisch angelegt: So verspricht man sich einerseits von einer Erhöhung des Humankapitals ein höheres Wirtschaftswachstum (vermittelt durch eine Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte, aber auch die Erhöhung der Produktivität der einzelnen

Arbeitskraft). Andererseits werden Sozialinvestitionen als Mittel interpretiert, um die individuelle ökonomische Absicherung über den (privaten) Erwerbsarbeitsmarkt zu maximieren und damit gleichzeitig ökonomische Abhängigkeiten vom Sozialstaat zu minimieren (und schließlich in weiterer Folge Fiskalausgaben zu reduzieren). In Abwandlung eines Zitats von Nobelpreisträger Amartya Sen dienen Sozialinvestitionen damit also nicht in erster Linie dem uneigennützigem Wohl der Menschen, sondern letztlich der Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang finden sich in der relevanten Literatur zum Thema immer wieder Warnhinweise darauf, dass Menschen in der Sozialinvestitionsperspektive zunehmend funktionalisiert werden würden. So würden Kinder beispielsweise eher als „künftige Arbeitskräfte“ angesehen, in die investiert werden müsste, denn als Kinder (vgl. dazu z.B. Lister 2003). Aber auch die von der Sozialinvestitionsperspektive geforderte Notwendigkeit einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote wird in dem Sinne kritisch gesehen, als Frauen in diesem Zusammenhang vor allem als notwendige Arbeitskräfte angesehen werden: Eine erhöhte Frauenerwerbstätigkeit wird für ein Ankurbeln des Wirtschaftswachstums benötigt – und kaum als schlichtes Gebot für Geschlechtergerechtigkeit interpretiert (z.B. Jensen 2009).

These 2: Primäres Ziel von „social investment“ ist es, möglichst allen Menschen eine Chance auf möglichst „gute“ Erwerbsarbeit zu geben

Ziel des Sozialinvestitionsstaates ist es letztlich – durchaus auch mit Hilfe von staatlichen Investitionen – in das Humankapital der Menschen zu investieren. Dadurch soll es möglichst vielen von ihnen gelingen, möglichst lange und in möglichst hochwertigen Erwerbspositionen, die ein möglichst hohes Einkommen nach sich ziehen, inkludiert zu sein. Dabei geht es im Rahmen dieser Perspektive tatsächlich gar nicht mehr um die tatsächliche Inklusion von möglichst vielen in den Erwerbsarbeitsmarkt, sondern darum, die *Chancen* auf Inklusion von möglichst vielen in den Erwerbsarbeitsmarkt zu erhöhen². Ob aus der Chance auf Arbeitsmarktintegration eine tatsächliche Beschäftigung wird, wird zur persönlichen Verantwortung und damit auch zu einem individuellen Risiko. Im Kern impliziert dieser Neufokus die Verschiebung der sozialpolitischen Verantwortung von einer Bedarfs- oder Ergebniserichtigkeit (das wäre die Arbeitsmarktintegration) hin zu einer Chancengerechtigkeit (ausgestaltet als Chance auf Arbeitsmarktintegration). Implizit mag dahinter die Annahme stecken, dass wohl nicht alle im Erwerbsarbeitsmarkt unterkommen können. Nichtsdestotrotz

² „Inklusion“ wird übrigens in etlichen Debatten zum Sozialinvestitionsstaat als ausschließlich ökonomische Inklusion in den Erwerbsarbeitsmarkt verstanden (der eine soziale Inklusion quasi auf den Fuß folgen würde).

sollten aber möglichst alle entsprechende Chancen auf Inklusion in den Erwerbsarbeitsmarkt haben.

Der Fokus der Sozialinvestitionsstrategie liegt damit auf dem Arbeitskräfteangebot (und damit den (zukünftigen) ArbeitnehmerInnen) und nicht auf der Arbeitskräftenachfrage. Diese Neuorientierung ist teilweise durchaus nachvollziehbar: Tatsächlich finden sich die höchsten Arbeitslosenraten bei den Geringstqualifizierten. Das ist auch ein Ergebnis des oben bereits angedeuteten Wandels zu einer globalisierten Wissensgesellschaft. Darüber hinaus gibt es aber auch strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt selbst. Und genau diese strukturellen Probleme der Arbeitskräftenachfrage (und dazu zählt neben einer generell unzureichenden Arbeitskräftenachfrage auch die existierende Diskrepanz zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage) bleiben aus der Sozialinvestitionsperspektive weitestgehend ausgeklammert. Zudem finden sich Forderungen nach „high quality jobs“ oder „decent jobs“ meiner Einschätzung nach im aktuellen Diskurs – wohl auch als faktisches Ergebnis der immer noch andauernden Wirtschaftskrise – deutlich weniger häufig als dies vor der Krise der Fall war (jetzt wird eher nur mehr von „jobs“ geredet...).

These 3: Primäres Mittel zur Zielerreichung von „social investment“ ist die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit („employability“) von Menschen

Auch wenn man den oben angeführten Perspektivenwechsel – die Chancen auf Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt durch Erhöhung des Humankapitals von Menschen zu erhöhen – akzeptiert, wird über die tauglichsten Wege zu einer Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit heftig debattiert. Zwar wissen wir allein schon aus dem Studium von Arbeitslosenstatistiken, dass eine möglichst gute Ausbildung die Arbeitsmarktintegration wesentlich erleichtert. Gleichzeitig weisen Studien aber auch darauf hin, dass es nicht so sehr auf die Anzahl der Schul- bzw. Studienjahre ankommt oder die Quantität der erzielten Abschlüsse, sondern vielmehr auf das Ausmaß und die Qualität der erlangten Kompetenzen (vgl. z.B. OECD 2012). Heiß diskutiert wird darüber hinaus auch, welchem Prinzip der Vorzug gegeben werden sollte. Um beim Beispiel der Bildung zu bleiben: geht es darum, möglichst gleiche Chancen für möglichst viele Kinder zu gewährleisten oder darum, v.a. jene Schulen finanziell zu fördern, die besonders benachteiligte Kinder besuchen, und/oder sollen vor allem die besonders talentierten SchülerInnen gefördert werden? Die Debatte rund um die Einführung einer Gesamtschule in Österreich spiegelt nicht zuletzt auch diesen grundsätzlichen Konflikt wider. Letztlich geht es dabei um die Frage, inwiefern die Gleichheit von Bildungschancen sich auch in einer Gleichheit von

Bildungsergebnissen widerspiegelt bzw. überhaupt widerspiegeln kann (z.B. Allmendinger / Leibfried 2003, Solga 2014).

In diesem Kontext ist es auch wichtig sich zur vergegenwärtigen, dass niemand die Zukunft kennt und daher auch nicht seriös prognostiziert werden kann, welche Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Kompetenzen am Arbeitsmarkt der Zukunft nachgefragt sein werden. In diesem Zusammenhang kritisiert etwa der Genforscher Markus Hengstschläger – gemeinsam mit vielen anderen – die aktuelle Defizitorientierung in der Schulausbildung: Statt auf dem Stärken von Stärken läge der Fokus der aktuellen Schulausbildung auf dem Schwächen von Schwächen. Mit anderen Worten: SchülerInnen beschäftigen sich eher nicht mit jenen Fächern, in denen sie bereits gut sind (und die daher ihre Stärken widerspiegeln), sondern vielmehr mit den Fächern, in denen sie nicht gut sind. Dass diese Konzentration auf das Ausmerzen von Schwächen die Lernmotivation nicht gerade steigert, ist wenig verwunderlich. Hengstschläger kritisiert daher am österreichischen Schulsystem, dass spezifische Begabungen und Talente systematisch nicht gefördert und daher „Durchschnittsbegabungen“ produziert würden (Hengstschläger 2012).

These 4: „Social investment“ kann zu neuen Verteilungsungleichheiten führen

Das Humankapital, und damit Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen werden nicht nur für den Eintritt in den Arbeitsmarkt bzw. für die Beschäftigung selbst immer wichtiger, sondern auch im Hinblick auf weitere arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen. Zentral werden die Fähigkeiten von Individuen, mit Flexibilität und Prekarität ihrer Erwerbsbiographien umzugehen, und möglichst gut z.B. auch rechtliche Spielräume oder Netzwerke während ihrer Beschäftigung aber auch in Zeiten von Arbeitslosigkeit (z.B. im Umgang mit dem AMS) auszunützen. Das können manche Menschen besser als andere, sodass auch diese Art der Kompetenz letztlich zu einem neuen Stratifizierungsmerkmal wird (Klaus 2015). Darüber hinaus wissen wir auch, dass der Übergang von Arbeitslosigkeit in Arbeit, aber auch ein Fortschreiten auf der Karriereleiter mitunter weniger mit der Qualität des Humankapitals (und damit mit dem Kompetenzniveau von ArbeitnehmerInnen) zu tun hat, sondern oft mit dem vorhandenen sozialen Kapital und kulturellem Kapital im Sinne von Bourdieu oder Putnam verbunden ist. Mit anderen Worten: ob jemand einen Job bekommt, eine bessere Position oder eine Gehaltssteigerung, hängt oft weniger von seinem faktischen Können ab, als von seinen Beziehungen oder seinem Umgang mit Vorgesetzten etc. – damit werden auch diese Formen von „Kapitalien“ letztlich zu unterschiedlichen Verteilungen führen.

Nicht zuletzt – und wie oben bereits angedeutet – impliziert der Übergang von einem traditionellen Wohlfahrtsstaat hin zu einem Sozialinvestitionsstaat auch, dass das Prinzip der Chancengleichheit (etwa im Hinblick auf Bildungschancen) relevanter wird als das Prinzip der Ergebnisgleichheit (z.B. im Hinblick auf Bildungsergebnisgleichheiten). Auch das ist ein paradigmatischer Wechsel, der aus Sicht der Sozialpolitik durchaus kritisch zu betrachten ist, ist doch echte Chancengleichheit nur theoretisch, nicht aber praktisch zu erzielen.

Fazit

Wie diese kurze Abhandlung zu zeigen versuchte, weist die aktuelle Perspektive eines „Social Investment-Staates“ als mögliche Neuorientierung der Sozialpolitik viele gute Facetten auf, aber auch etliche Probleme, die zu neuen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten führen könnten und damit zu einer „neuen“ Art von Armut, die dann wieder – sowohl individuell als auch sozial – als selbstverschuldet wahrgenommen werden könnte (im Sinne von: „Chancen nicht genutzt“).

Zentral wird es daher sein, bei der Ausgestaltung der Konzeptualisierung des Sozialinvestitionsstaates aber auch bei der politischen Umsetzung mitzuwirken, um letztlich jenen Varianten dieser Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen, die tatsächlich die vorab formulierten Ziele der nachhaltigen Armutsbekämpfung, der Vermeidung von Armutskarrieren und der Vererbung der Armut zu erreichen vermögen.

Referenzen

Allmendinger, Jutta / Leibfried, Stephan (2003) Education and the welfare state: the four worlds of competence production. In: *Journal of European Social Policy* (13)1, 63-81.

De Deken, Johan (2014) Identifying the skeleton of the social investment state: Defining and measuring patterns of social policy change on the basis of expenditure data. In: Cantillon, Bea / Vandenbroucke, Frank (Hg.) *Reconciling Work and Poverty Reduction: How Successful are European Welfare States?*, 260-285. Oxford: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gosta (2002) Towards the Good Society. Once Again? In: Esping-Andersen, Gosta / Gallie, Duncan / Hemerijck, Anton / Myles, John (Hg.) *Why we need a New Welfare State*, 1-25. Oxford: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gosta / Gallie, Duncan / Hemerijck, Anton / Myles, John (2002) *Why we need a new welfare state*. Oxford: Oxford University Press.

Europäische Kommission (2013) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt - einschließlich Durchführung des Europäischen Sozialfonds 2014-2020. Brüssel: Europäische Kommission.

Giddens, Anthony (1998) *The Third Way: The Renewal of Social Democracy*. Cambridge: Polity Press.

Heckman, James J. (2000) Policies to foster human capital. In: *Research in Economics* (54)1, 3-56.

Heckman, James J. (2008) Schools, Skills, and Synapses. In: *Economic Inquiry* (46)3, 289-324.

Heckman, James J. / Moon, Seong Hyeok / Pinto, Rodrigo / Savelyev, Peter A. / Yavitz, Adam (2010) The rate of return to the HighScope Perry Preschool Program. In: *Journal of Public Economics* (94)1-2, 114-128.

Heitzmann, Karin / Canagarajah, Sudharshan R. / Siegel, Paul B. (2002) Guidelines for assessing the sources of risk and vulnerability. Washington D. C.: Social Protection Discussion Paper 0218. The World Bank.

Heitzmann, Karin / Österle, August / Pennerstorfer, Astrid (2015) Soziale Dienstleistungen in Österreich: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Beigewum (Hg.) *Politische Ökonomie Österreichs: Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*, 120-131. Wien: Mandelbaum.

Hengstschläger, Markus (2012) *Die Durchschnittsfalle: Gene - Talente - Chancen*. Salzburg: ecowin.

Jenson, Jane (2009) Lost in Translation: The Social Investment Perspective and Gender Equality. In: *Social Politics* (16)4, 446-483.

Klaus, Dominik (2015) Die Rolle von Beschäftigungsprojekten in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik. Wien: Masterarbeit an der WU Wien.

Lister, Ruth (2003) Investing in the Citizen-workers of the Future: Transformations in Citizenship and the State under New Labour. In: *Social Policy & Administration* (37)5, 427-443.

Morel, Nathalie / Palier, Bruno / Palme, Joakim (Hg.) (2012) *Towards a Social Investment State? Ideas, Policies and Challenges*. Bristol: Polity Press.

OECD (2012) *Better Skills, Better Jobs, Better Lives: A Strategic Approach to Skills Policies*. Paris: OECD.

Schmid, Josef (2010) Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Solga, Heike (2014) Education, economic inequality and the promises of the social investment state. In: Socio-Economic Review (12)2, 269-297.

Taylor-Gooby, Peter / Dean, Hartley / Munro, Moira / Parker, Gillian (1999) Risk and the welfare state. In: British Journal of Sociology (50)2, 177-194.

Vandenbroucke, Frank / Hemerijck, Anton / Palier, Bruno (2011) The EU needs a Social Investment Pact. In: Observatoire social europeen: opinion paper (May 2011)5.